

in ihrem Land Wege für politisches Handeln zur Bekämpfung von Armut, sozialer und gesellschaftlicher Ungerechtigkeit suchen und begehnen. Sie hatten erwartet, bei der Tagung auch solche Deutschen anzutreffen, um mit ihnen in einen Dialog treten zu können. Sie waren auf die aus ihrer Sicht akademischen Fragen nicht vorbereitet und meinten in späteren Gesprächen, daß für die anwesenden Teilnehmer/innen wohl Dozenten der Chulalongkorn-Universität die geeigneteren Referenten gewesen wären. Für sie stellen sich in der Tat gerade auch allgemeine gesellschaftliche und politische Probleme, wobei sie m.E. sehr wohl mit differenzierten "Schulduweisungen" arbeiten und dabei auch gerade ihre eigene

Regierung und Elite nicht schonten, trotz z.Zt. bestehender Militärherrschaft in ihrem Land.

Das grundsätzliche Problem ist, sozial engagierte und politisch aktive Menschen aus Länder der sogenannten 3. Welt auf Tagungen gerade mit denjenigen zusammenzubringen, die in Deutschland zu ähnlichen sozialen oder politischen Problemen nicht nur aus akademischen Interessen arbeiten. Diese sind häufig in ihrer auf Deutschland bezogenen Arbeit so fixiert, daß sie meist subjektiv und objektiv keinen Kopf und keine Zeit für solche Veranstaltungen haben. Dafür haben aber die Dritte-Welt AktivistInnen, Fachstudenten und Journalisten um so mehr - durchaus berechtigtes - Detailinteresse.

Diskussionen bleiben dann häufig sehr einseitig, was den Informationsaustausch angeht, denn solche auf die Länder bezogenen z.T. sehr fachkundigen Teilnehmer verfügen meist in Bezug auf ihr eigenes Land noch nicht einmal über die allgemeinen Informationen zu den diskutierten Themen, geschweige denn Detailinformationen. Nicht selten fühlen sich deshalb auch soziale und politische AktivistInnen aus der sogenannten 3. Welt und ihre entsprechenden Organisationen in Bezug auf Informationen durch uns ausgebeutet, da meist nichts entsprechend Nützlich für ihre Arbeit zurückkommt.

Peter Franke

## Erste Europäische Konferenz zum Frauenhandel

*Die erste europäische Arbeitskonferenz zum Frauenhandel, organisiert von der holländischen Stiftung gegen Frauenhandel und den GRÜNEN im Europaparlament, tagte am 4. und 5. Juli 1991 in Amsterdam. Anwesend waren VertreterInnen von Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, JournalistInnen und Aktive aus 14 europäischen Ländern. Im Folgenden einige Auszüge aus Presseerklärung und Bericht des Abschlußplenums.*

Die TeilnehmerInnen stellen fest, daß sich das Problem des Frauenhandels in den letzten zehn Jahren verschärft und neue Formen angenommen hat. Diese Tatsache korrespondiert mit der sich verschlechternden Situation der Dritte-Welt-Länder ebenso wie mit dem verstärkten Protektionismus der reichen Länder, der zu einer Marginalisierung von immer größeren Teilen der Weltbevölkerung insbesondere von Frauen führt. Das vereinte Europa hat eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze zur Folge. Arbeitsmigranten erhalten keine unabhängige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, d.h. Frauen, die in zunehmendem Maße als Arbeitsmigrantinnen für den informellen Sektor angeworben werden, sind besonders leicht ausbeuterischen Praktiken ausgeliefert.

Frauenhandel zeigt sich heute:

- in der Form des Handels mit Frauen aus der sog. Dritten Welt als Bräute für Männer der sog. entwickelten Gesellschaften, sofern Frauen, die für die Vermittlung durch Heiratsagenturen bezahlt haben und betrogen worden sind, keine Wahl des Ehepartners haben, einem entwürdigenden Vermittlungsverfahren unterworfen sind, in dem sie als passive Objekte angeboten werden.

- in der Form des Handels mit Hausangestellten, sofern sie rechtlos sind, ohne Regreßansprüche auf Wiedergutmachung bei Verletzung der Vertragsbedingungen seitens der Arbeitgeber und ihnen sklavenähnliche Arbeits- und Lebensverhältnisse geboten werden.

- in der Form des Handels mit "Künstlerinnen", wenn in ihren Verträgen nicht ausdrücklich vermerkt ist, daß sie männliche Kunden durch Animation und Prostitution zu bedienen haben, sie keine Wiedergutmachungsansprüche an den Arbeitgeber bei Vertragsverletzung stel-

len können und sie nicht ungehindert ihr Arbeitsverhältnis verändern oder kündigen können.

- in der Form der Vermittlung in die Prostitution insofern die Frauen getäuscht, körperlich und /oder psychisch verletzt, finanziell ausgebeutet und/oder gezwungen wurden sich zu prostituieren und/oder keine Möglichkeit haben, ihre Arbeitsbedingungen zu verändern bzw. auszusteigen.

Die erwähnten Formen des Frauenhandels verletzen das Recht auf Selbstbestimmung, auf körperliche und/oder psychische Integrität, und dienen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Beraubung persönlicher Freiheitsrechte.

Die KonferenzteilnehmerInnen betrachten Frauenhandel als eine Form weltweiter, systematischer Menschenrechtsverletzung an Frauen. Außer ökonomischen Elementen beinhaltet diese besondere Form der Menschenrechtsverletzung sexistische und rassistische Elemente.

Strategien zur Bekämpfung des Frauenhandels müssen darauf abzielen, Frauen zu befähigen und zu stärken und dürfen nicht die ohnehin schon begrenzte Freizügigkeit für Frauen weiter einengen.

Sie sollten das Recht der Frau auf Selbstbestimmung, die Dekriminalisierung der Prostitution und die Verteidigung der Rechte von Arbeitsmigrantinnen zur Grundlage haben.

### Empfehlungen der Konferenz

Die KonferenzteilnehmerInnen stimmten darin überein, ein europäisches Netzwerk gegen den Frauenhandel zu gründen und die Europäische Gemeinschaft zwecks Finanzierung eines Koordinationsbüros anzusprechen. Die hol-

ländischen Minister im EG-Ministerrat sowie die anderen EG-Mitgliedsstaaten wurden in einem Telegramm aufgefordert, das Thema Frauenhandel im Ministerrat zu behandeln. Sie wurden auf die dringende Notwendigkeit der Ergreifung spezifischer Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Migrantinnen und zur Verfolgung der Händler hingewiesen.

Im Hinblick auf eine effektivere Verfolgung der Frauenhändler ist es unerlässlich, daß vom Handel betroffene Frauen in allen EG-Mitgliedsstaaten ohne Angst ausgewiesen zu werden die Möglichkeit haben müssen, Anzeige zu erstatten. Ihnen muß zumindest ein zeitlich befristeter Aufenthalt für die Dauer des Gerichtsprozesses gewährt werden. Darüberhinaus sollten ihnen weitere Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Die UN Arbeitsgruppe zu gegenwärtigen Formen der Sklaverei der Menschenrechtskommission wird dringend aufgefordert,

- einen internationalen Fonds für Opfer des Menschenhandels bereitzustellen;

- einen Berichterstatteur speziell zum Menschenhandel zu bestimmen und in den Jahresberichten der Mitgliedsstaaten zu politischen, Bürger- und Menschenrechten, Berichte zur modernen Form der Sklaverei einzuschließen;

- die UN-Konvention von 1949 zum Menschenhandel durch eine neue Konvention zu ersetzen, die alle modernen Formen der Sklaverei beinhaltet und auf dem Recht der Frauen auf Selbstbestimmung basiert.

Die KonferenzteilnehmerInnen appellierten an das Internationale Arbeitsbüro (ILO), zukünftig auch Frauenarbeit im informellen Sektor, die Prostitution eingeschlossen, in die Konvention der Rechte der Arbeitsmigranten einzubeziehen und zu schützen.

*(Kürzung und Übersetzung aus dem Englischen von S. Wycisk)*